

Gemeinsam für Gelsenkirchen



Unterbezirk
Gelsenkirchen/Bottrop



DER PARITÄTISCHE
GELSENKIRCHEN



Deutsches
Rotes
Kreuz

Diakonie



Jüdische Gemeinde
Gelsenkirchen

Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Gelsenkirchen
c/o DRK KV Gelsenkirchen e.V. | Im Sundern 15 | 45881 Gelsenkirchen

Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Gelsenkirchen

c/o DRK KV Gelsenkirchen e.V.
Im Sundern 15
45881 Gelsenkirchen

Telefon: 0209 / 9 83 83-0
Telefax: 0209 / 9 83 83-55

johannes.heinrich@drk-ge.de
Rückfragen: Herr Heinrich

25.08.2020

Presse-Informationen

Kommunalwahl 2020 / Wahlaufruf der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Gelsenkirchen

Am 25.08.2020 traf sich die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Gelsenkirchen AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Jüdische Gemeinde und Paritätär mit Frau Welge (SPD), Herrn Stuckmann (CDU), Herrn Fischer (Grüne), Herrn Gatzemeier (Linke) und Herrn Lauer (FDP) zum gemeinsamen Austausch.

Die Mitglieder der AGW Gelsenkirchen engagieren sich insbesondere in den Bereichen Bildung, Migration, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, Beratung sowie Gesundheit. So war wenig verwunderlich, dass die Kandidatinnen und Kandidaten intensiv befragt und mit Ideen und Forderungen der Wohlfahrtsverbände konfrontiert wurden.

„Verschiedene Entwicklungen beobachten die Gelsenkirchener Verbände mit großer Sorge. Die Missachtung des Subsidiaritätsprinzips und die Vergabe immer mehr Leistungen oftmals allein nach dem Kriterium des günstigsten Preises, ohne Qualitätskriterien ausreichend zu bewerten und -standards zu fordern, gefährdet etablierte Gesamtsysteme und die Qualität der Leistungen.“ so Johannes Heinrich (DRK).

Außerdem sehen die Wohlfahrtsverbände die Gefahr zur Zielscheibe rechtspopulistischer Angriffe und Interventionen zu werden. „Mit unserer auf sozialetischer, multikultureller und gleicher Freiheit ausgerichteten Werteorientierung stehen wir ein für das Gegenteil rechtspopulistischer Politik.“ so Frau Wischnewski (AWO).

Für Gelsenkirchen fordert die AGW daher:

- Menschen, die sich unentgeltlich und freiwillig für unsere Gesellschaft einsetzen, dürfen keine Nachteile entstehen. Sie sollten optimale Bedingungen vorfinden, um ihr Engagement mit Schule, Ausbildung, Studium, Beruf und Familie vereinbaren zu können.
- Kinder- und Jugendarbeit muss gestärkt werden. Die gemeinnützigen Träger müssen dabei unterstützt werden, den Rechtsanspruch von Kindern auf eine angemessene Förderung in Kindertageseinrichtungen und offenen Ganztagschulen einzulösen. Geeignete Schritte

- sind zu unternehmen, um Kindern und Jugendlichen mehr Freiräume außerschulischen Engagements zu ermöglichen wie die Förderung sozialer Projekte oder die Etablierung von Begegnungsmöglichkeiten in Schule und Stadtteil.
- Der begonnene Weg zur Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes ist konsequent fortzusetzen. Menschen, die langzeitarbeitslos sind, brauchen Perspektiven am Arbeitsleben teilhaben zu können.
 - Inklusiv Gesellschaft:
 - o Stärkung ambulanter und teilstationärer Pflege- und Unterstützungsstrukturen
 - o Herstellung von umfassender Barrierefreiheit
 - o Förderung von Projekten bei denen Alt und Jung, Einheimische, Zuwanderer und Geflüchtete, Menschen mit und ohne Behinderung einander unterstützen und voneinander profitieren
 - o Ausbau der Quartiersentwicklung mit dem Fokus auf generationenübergreifende Modelle
 - o Abbau bürokratischer Hürden
 - Die gesellschaftlich erforderlichen und etablierten und zum Wohle der Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger geschaffenen Angebote die durch die Wohlfahrtsverbände vorgehalten werden sowie deren Finanzierung, müssen langfristig und nachhaltig gesichert werden.
 - Bei Vergaben und Ausschreibungen muss zum Wohle einer qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Arbeit die Wertung von Qualitätskriterien in den Fokus gerückt werden.

Die kommende Kommunalwahl bietet Anlass, aktiv vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, um das vor uns Generationen lange gekämpft haben. Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind Grundübel, die ein friedliches Zusammenleben der Menschen verhindern. Sie waren Ursachen für Krieg und Gewalt und müssen bekämpft werden.

Demokratische Errungenschaften und zur Selbstverständlichkeit gewordene Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen nicht gefährdet werden. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, gegen die wachsende Ungleichheit, für eine Anpassung der Lebenschancen und für soziale Standards ist das Gebot der Stunde.

Es genügt nicht, auf eine bessere Zukunft zu hoffen. Verantwortung muss übernommen werden. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Gelsenkirchen rufen daher alle Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an der bevorstehenden Kommunalwahl auf.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Heinrich zur Verfügung: 0151 163 251 41